



Grundsatz-Infrastrukturnutzungsvertrag über die Nutzung der Eisenbahninfrastruktur der AVG

(G-INV)

**Die
Albtal-Verkehrs-Gesellschaft mbH
Tullastr. 71
76131 Karlsruhe**

- im Folgenden „AVG“ genannt -

und

die

- im Folgenden „ZB“ genannt -

schließen folgenden G-INV über die Nutzung der AVG Infrastruktur:

§ 1 Gegenstand des Vertrages

1. Der Zugangsberechtigte (ZB) nutzt nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen die öffentliche und nicht-öffentliche Eisenbahninfrastruktur der AVG zur Erbringung eigener Verkehrsleistungen. Mit dem G-INV soll dem ZB der Zugang zur AVG Infrastruktur mit seinen Rechten und Pflichten ermöglicht werden. Die Erbringung von Verkehrsleistungen ist nicht Gegenstand des Vertrags.

2. Für die Nutzung der Trassen gelten die Schienennetz-Nutzungsbedingungen der AVG – Allgemeiner Teil (SNB-AT) und Besonderer Teil (SNB-BT) sowie deren Anlagen in der jeweils gültigen Form. Für die Nutzung der Serviceeinrichtungen gelten die Nutzungsbedingungen für Serviceeinrichtungen der AVG – Allgemeiner Teil (NBS-AT) und Besonderer Teil (NBS-BT) in der jeweils gültigen Form. Diese Dokumente können unter www.avg.info/geschaeftskunden/infrastruktur/zugangsbedingungen-preise eingesehen oder in elektronischer Form zugesandt werden.
3. Nach Abschluss des G-INV kann der ZB Anträge auf Zuweisung von Zugtrasse bzw. Nutzungsanträge von Serviceeinrichtungen stellen.

§ 2 Leistungen der AVG

1. Die AVG stellt dem ZB ihre Infrastruktur zur Nutzung nach den Bestimmungen dieses Vertrages zur Verfügung. Der Umfang der Nutzung richtet sich nach der jeweils bestellten und zugewiesenen Trasse oder Serviceeinrichtung.
2. Abweichungen von der Bestellung bedürfen einer zusätzlichen Vereinbarung.
3. Änderungen der SNB oder NBS teilt die AVG dem ZB nach der Fristenregelung des Eisenbahnregulierungsgesetzes (ERegG) schriftlich mit. Alle Änderungen sind unter www.avg.info/geschaeftskunden/infrastruktur/zugangsbedingungen-preise einsehbar.

§ 3 Genehmigung / Erlaubnis nach AEG des ZB

Der ZB versichert, dass er im Besitz einer Unternehmensgenehmigung gemäß § 6 AEG Nr. _____ mit Sicherheitsbescheinigung Nr. _____ oder einer Erlaubnis der Aufsichtsbehörde gemäß § 7f AEG _____ vom _____ Nr. _____ als Eisenbahnverkehrsunternehmen ist und erklärt, dass er zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung eine Änderung dieser Unternehmensgenehmigung bzw. Erlaubnis nicht beantragt hat und dass auch kein Widerrufsverfahren eingeleitet ist. Der ZB informiert die AVG unverzüglich über jede Änderung oder den Widerruf der Unternehmensgenehmigung bzw. Erlaubnis.

§ 4 Fahrzeuge

Der ZB erklärt, dass die in der Trassenbestellung angegebenen Fahrzeuge den Bestimmungen der EBO und den betrieblichen Standards der AVG entsprechen und sorgt für deren Einhaltung während der Laufzeit des Vertrages. Der ZB darf die Infrastruktur nur mit den entsprechend geeigneten Fahrzeugen benutzen.

§ 5 Entgelt

1. Das von dem ZB zu entrichtende Entgelt für die vereinbarten Leistungen berechnet sich für die Trassennutzung, die Nutzung von Serviceeinrichtungen und weitere Serviceleistungen nach den aktuellen Preiskatalogen der AVG. Für Leistungen, die dort nicht verzeichnet sind, müssen spezielle Entgelte entsprechend dem aufgrund des benötigten Leistungsumfangs entstandenen Aufwand vereinbart werden.
2. Die Listen der Entgelte können unter www.avg.info/geschaeftskunden/infrastruktur/zugangsbedingungen-preise.html eingesehen werden.

§ 6 Zahlungen

Die Zahlungen des EVU erfolgen nur auf das Konto der AVG bei der

Sparkasse Karlsruhe

BLZ 660 501 01

IBAN: DE48 6605 0101 0009 2080 00

Konto Nr. 9 208 000

BIC: KARSDE66

Im Verwendungszweck soll neben der jeweiligen Rechnungsnummer die für das EVU vorgesehene Debitorenkontonummer _____ angegeben werden.

§ 7 Gefahren für Strecke und Umwelt

Es gilt § 7 der SNB-AT der AVG. Außerdem gilt, dass Ersatzansprüche der AVG einschließlich von Sachverständigenkosten gegen den ZB fällig werden, sobald die Bodenkontaminierung durch Bodenuntersuchung festgestellt worden ist.

§ 8 Datenspeicherung, Datenverarbeitung

1. Die Daten werden gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) nur für die vertragliche Beziehung und der Erfüllung der Leistungen erhoben und gespeichert.
2. Beide Vertragspartner sind berechtigt, im erforderlichen Umfang Daten, die sich aus den Antragsunterlagen oder der Vertragsdurchführung ergeben, an Versicherer zur Beurteilung des Risikos und zur Abwicklung von Versicherungsfällen zu übergeben. Sie sind ferner berechtigt, allgemeine Vertrags-, Abrechnungs- und Leistungsdaten in gemeinsamen Datensammlungen zu führen und an ihre Vertreter weiterzugeben, soweit dies zur Infrastrukturnutzung notwendig ist. Hiervon unberührt sind Angaben zu Zwecken der Eisenbahnstatistik (§24 AEG), die zur Beurteilung der Struktur und Entwicklung des Eisenbahnverkehrs an das Statistische Bundesamt übermittelt werden.

3. Wenn Sie Ihre personenbezogenen Daten in unserer Datenbank anpassen (korrigieren/ändern) oder gerne dauerhaft löschen oder deaktivieren wollen teilen Sie es unter Datenschutz[at]avg.karlsruhe.de mit.

§ 9 Sonstiges

1. Der Einsatz von Subunternehmern ist nach Anmeldung gestattet. Die Bestimmungen dieses Vertrages gelten entsprechend. Die Anmeldung eines Subunternehmers ist bei der Trassenbestellung vorzunehmen.
2. Die Parteien benennen die in Anlage 1 genannten Personen bzw. Stellen, die befugt und in der Lage sind, binnen kürzester Zeit betriebliche Entscheidungen im Namen der AVG bzw. des ZB zu treffen. Änderungen werden unverzüglich bekanntgegeben.

§ 10 Laufzeit und Kündigung

1. Der Vertrag tritt am _____ in Kraft und wird längstens bis Ende der Gültigkeit der Sicherheitsbescheinigung des ZB geschlossen.
2. Die Kündigungsfrist beträgt vier Wochen zum Monatsende, sofern keine Bestellungen von Netzfahrplänen vorliegen. In diesen Fällen kann die Kündigung erst zum nächsten Jahresfahrplanwechsel im Dezember erfolgen.
3. Dem ZB steht bei Änderungen der Vertragsbedingungen ein Sonderkündigungsrecht zu. Die Frist beträgt vier Wochen ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung der geänderten Vertragsbedingungen.
4. Die Möglichkeit der Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt und liegt insbesondere vor, wenn:
 - a) die Betriebsgenehmigung des anderen Vertragspartners von der Genehmigungsbehörde widerrufen oder zurückgenommen wird,
 - b) sich der andere Vertragspartner in Zahlungsverzug befindet, und zwar
 - für zwei aufeinanderfolgenden Fälligkeitstermine mit einem Betrag, der ein monatliches Nutzungsentgelt übersteigt oder
 - in einem Zeitraum, der sich über mehr als zwei Fälligkeitstermine erstreckt, mit einem Betrag, der das Nutzungsentgelt für zwei Monate erreicht.
 - c) der andere Vertragspartner die eidesstattliche Versicherung im Sinne von § 807 Zivilprozessordnung (ZPO) abgegeben hat oder wenn über sein Vermögen die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens beantragt oder die Zwangsverwaltung oder Zwangsversteigerung angeordnet worden ist,

- d) der andere Vertragspartner die in den SNB-AT und SNB-BT genannten Verpflichtungen trotz Abmahnung wiederholt nicht erfüllt.

5. Kündigungen müssen schriftlich erfolgen.

§ 11 Schlussbestimmungen

- 1. Der ZB erkennt mit seiner Unterschrift die Verbindlichkeit der SNB und NBS derAVG an. Der ZB hatte die Möglichkeit, von den in den vorstehenden Passagen genannten Zugangsbestimmungen der AVG vor Vertragsschluss Kenntnis zu nehmen.
- 2. Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder aus Rechtsgründen nicht durchgeführt werden können, ohne dass damit die Aufrechterhaltung des Vertrags für einen Vertragspartner unzumutbar wird, werden dadurch die übrigen Bestimmungen des Vertrages nicht berührt. Das Gleiche gilt bei einer Regelungslücke. Bei einer undurchführbaren oder lückenhaften Regelung ist der Vertrag so zu ergänzen, dass die von den Vertragspartnern angestrebten Ziele möglichst erreicht werden.
- 3. Änderungen und Ergänzungen zu diesem Vertrag bedürfen der Schriftform.
- 4. Dieses gilt auch für diese Schriftformklausel.
- 5. Gerichtsstand ist Karlsruhe.
- 6. Dieser Vertrag wird zweifach ausgefertigt. Jede Partei erhält ein Exemplar.

Karlsruhe, den _____

Für die AVG:

Für den ZB:

.....

.....

.....

.....

Anlagen: Anlage 1 Ansprechpartner

Anlage 1

Ansprechpartner für vertragliche Angelegenheit:

AVG	ZB / EVU
Erlösmanagement	
Heiko Müller	
Tullastr. 71	
76131 Karlsruhe	
Tel. 0721-6107-5653	Tel.
E-Mail: Heiko.mueller@avg.karlsruhe.de	E-Mail

Ansprechpartner für betriebliche Angelegenheit:

AVG	ZB / EVU
Leitung Netzbetrieb	
Christian Voigt	
Tullastr. 71	
76131 Karlsruhe	
Tel. 0721-6107-6284	Tel.
E-Mail: christian.voigt@avg.karlsruhe.de	E-Mail

Ansprechpartner für das Notfallmanagement (24-h-Erreichbarkeit):

AVG	ZB / EVU
AVG Notfallmanagement	
Tel. 0172-6286213	Tel.
E-Mail:	E-Mail

Zugangsdaten „Downloadbereich für Zugangsberechtigte“

E-Mail des ZB/EVU für den Login:	E-Mail:
----------------------------------	---------